

KARIN EVERS-MEYER

FRIESLAND. WITTMUND. WILHELMSHAVEN.



gemeinsam.gestalten.

Dezember 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

Anfang Dezember veröffentlichte die Wochenzeitung *Die Zeit* einen Beitrag von Peter Dausend, der es in sich hat. Es geht darin um die SPD. Und es ist nicht die übliche Kritik an einer großen Volkspartei, wie wir sie seit Jahren kennen. Es ist eine—wie ich finde—sehr ehrliche und faire Analyse. Es geht darum, wie sich die SPD in den vergangenen zwei Jahren des schwarz-gelben Regierungschaos verhalten hat. Ich finde diesen Artikel bemerkenswert. Vor allem ist er eine gute Bewertung unserer politischen Arbeit. Deswegen habe ich mich entschlossen, ihn in die-

sem Bericht aus Berlin abzu-
drucken.

Aber: Als Mitglied dieser patriotischen und verantwortungsvollen Partei muss ich auch in diesem Bericht noch einmal auf das große Thema dieses Jahres eingehen. Auch der letzte Euro-Krisengipfel Anfang Dezember hat nicht die erhoffte Lösung gebracht. Das liegt nicht nur an zögerlichen europäischen Partnern. Das liegt ganz wesentlich an Angela Merkel. Sie hat es bis heute nicht geschafft, klare Prinzipien für die Euro-Rettung und für die Zukunft der EU zu definieren.

Ohne solche klaren Prinzipien wird es nicht gehen. Und von Deutschland als wirtschaftlich stärkstem Land der EU wird erwartet, dass es diese Prinzipien benennt. Das ist das Ver-

säumnis der Kanzlerin in dieser Krise.

Wilhelmshaven gilt als der große Gewinner der Bundeswehr-Reform. Dabei wird ein Punkt oft übersehen: Das Marinemusikkorps Nordsee wird im Zuge der Reform bis Anfang 2014 aufgelöst, seine Musiker werden auf andere Orchester verteilt. Auch wenn diese Auflösung „nur“ die rund 50 Musiker und ihre Familien betrifft, finde ich es wichtig, auf diesen Verlust für die Region hinzuweisen. Uns geht damit eine kulturelle Institution verloren, die mehr war als ein reines Militär-orchester.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre, frohe Weihnachten und einen guten Jahreswechsel.

Ihre




Inhalt

Echte Patrioten

Seite 2

Weiter keine tragfähige Lösung der Euro-Krise

Seite 3

Licht und Schatten der Bundeswehr-Reform:

Besuch beim Marinemusikkorps

Seite 4

Echte Patrioten

Es wäre leicht für die SPD, die Krise populistisch auszuschlachten. Aber sie tut es nicht. Lob auf eine Partei der Vernunft

Von Peter Dausend

Europas Regierungschefs können Angela Merkel um die deutsche Opposition beneiden, vor allem um deren stärkste Kraft, die SPD. Überall suchen die größten Oppositionsparteien in der Schuldenkrise nur den eigenen Vorteil, also eine Abkürzung zur Macht. Sie versprechen Neuverhandlungen, wo längst alles entschieden ist, weniger Lasten, wo noch mehr unvermeidbar sind, ein helles Morgen, ohne sich dem dunklen Heute zu stellen. Zuerst die Partei, dann das Land—in normalen Zeiten schadet diese Einstellung, zumindest in halbwegs funktionierenden Demokratien, der Partei selbst. In einer existenziellen Krise schadet sie immer dem Land. Mit einer Opposition, die sich auch dann noch ins Zentrum ihres Denkens und Handels stellt, lässt sich kein Staat mehr machen. Kein nationaler retten, kein europäischer bilden. Mit den deutschen Sozialdemokraten geht das.

Gewiss herrscht in Deutschland

eine Sondersituation. Das Land steht im Zentrum der Krise, ist selbst aber nicht spürbar von ihr betroffen. Die Deutschen müssen nicht knallhart sparen, um sich zu retten. Sie sollen großzügig geben, um andere zu retten (was letztendlich in ihrem Interesse liegt). Das Geben ist noch leichter zu attackieren als das Sparen. Eine Regierung, die anderen gibt, ist anfällig für populistische Angriffe und somit leichte Beute für eine Opposition ohne Verantwortungsethos. Die SPD hat Tempo, Konsequenz und Leidenschaft der Merkel-schen Rettungspolitik scharf kritisiert. Aber nicht weil die Kanzlerin in ihren Augen zu viel zu schnell gab, sondern zu zögerlich und zu wenig. Den Ressentiments nach dem Motto "Kein deutsches Geld für faule Griechen" sind nicht die Regierungsparteien entschieden entgegengetreten—die FDP hat sogar zeitweise damit gespielt—, sondern die oppositionellen Sozialdemokraten. Und sollte der Mitgliederentscheid die FDP auf ein Nein zum permanenten Rettungsschirm ESM festlegen, so will ihn die SPD mit ihren Stimmen in Kraft setzen. Zuerst das Land. Und zuerst Europa. Für die SPD fällt das zusammen.

Sie stellen die nationalen Interessen über ihren parteipolitischen Vorteil und verteidigen die Rettungslinie der Regierung bei aller Kritik gegen die publikumswirksamen Vereinfachungen des Populismus. Nicht dass sie nach dem Staat rufen, so zeigt sich in der Krise, ist in den Genen der Sozialdemokraten angelegt, sondern dass sie ihn tragen. Das macht sie zu deutschen Patrioten.

Die Renationalisierung, das Klischee vom faulen Südländer, der Ruf nach der D-Mark, die Idee vom Nord-Euro vermeintlich einfachen Lösungen und dem tatsächlichen einfachen Denken hat die SPD seit Beginn der Krise stets die Idee von Europa entgegengehalten. Nicht zurückbauen, sondern vertiefen; nicht weniger, sondern mehr; nicht allein, nur gemeinsam. Brüssel, Kommission, Barroso, EU-Richtlinie, EFSF, ESM für die meisten Deutschen sind das heute Chiffren des Verdrusses, Zeichen einer politischen Zwischenwelt, in der sie keinen Einfluss ausüben, die ihr Leben aber immer mehr bestimmt. Die Sozialdemokraten wissen um Verdruss und Ohnmachtsgefühl und halten wider den Zeitgeist die blaue Flagge mit den zwölf goldenen Sternen

hoch. Das ist noch keine Antwort auf Europas Nöte. Aber wenigstens eine Haltung, aus der Antworten erwachsen können. Diese Haltung macht die Sozialdemokraten zu europäischen Patrioten.

Für ihren Patriotismus, das ist die bittere Ironie, hat die SPD stets bezahlt. Die Agenda 2010 war ein von Verantwortung getragener Akt. Die Sozialdemokraten machten Deutschland wieder wettbewerbsfähig, wohl wissend, dass der dafür notwendige Umbau des Sozialstaates die eigene Stammklientel betraf und massiv verärgerte. Deutschland steht heute wirtschaftlich so glänzend da, weil die SPD damals das Risiko einging, die Macht zu verlieren. Und auch verlor.

Den höchsten Preis für ihren Patriotismus zahlten die Sozialdemokraten unter der Nazi Herrschaft. Am 23. März 1933 begründete der SPD-Vorsitzende Otto Wels die Ablehnung seiner Partei gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz. Die SPD wurde daraufhin verboten und verfolgt viele Sozialdemokraten zahlten mit ihrem Leben. Bis heute wirkt nichts so identitätsstiftend in der SPD wie ihr Widerstand gegen die Nazis, wie ihr Versuch,

Deutschland zu retten.

Der sozialdemokratische Patriotismus fordert immer seinen Preis, zahlt sich auf lange Sicht aber aus. Die CDU hat sich unter ihrer Vorsitzenden Angela Merkel in eine Partei verwandelt, die sich so geschmeidig den veränderten Grundeinstellungen und wechselnden Stimmungen der Menschen anpasst, dass der Wähler kaum noch weiß, wo die Modernisierung endet und die Selbstentkernung beginnt. Man muss schon Tageszeitung lesen, um zu wissen, wofür die CDU steht.

Vor zwei Jahren, nach ihrem historischen Debakel bei der Bundestagswahl, hat die SPD Sigmar Gabriel zum Vorsitzenden gewählt, den vermeintlich erratischen Übertaktierer mit dem Lautstärkereglern auf Daueranschlag. An diesem Sonntag steht er beim SPD-Parteitag in Berlin zur Wiederwahl. Unter ihm, ausgerechnet unter ihm, erweist sich die SPD in der Finanzkrise als verlässliche, grundsätzliche politische Kraft, von der man genau weiß, wo sie steht: dort, wo man den Staat tragen muss. Am Platz für Patrioten.

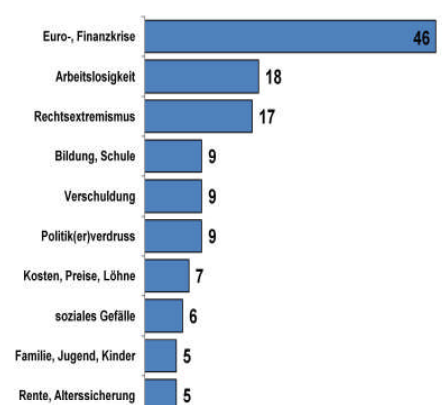
Dieser Artikel erschien am 1.12.2011 in Der Zeit.

Weiter keine tragfähige Lösung der Euro-Krise

Der vorerst letzte einer Serie von Euro-Krisen-Gipfeln in 2011 Anfang Dezember? Er war ein Fiasco. Wir haben es Kanzlerin Merkel vorher gesagt: Simulierte Politik hilft nicht weiter. Ersatzhandlungen statt Problemlösungen verschlimmern die Lage. Die Finanzanalysten haben das Märchen von der Krisenbewältigung gnadenlos durchschaut: Keine Einigkeit, sondern Zeichen der Spaltung Europas, kein Signal der gemeinsamen Haftung, keine Klarheit über die Rolle der EZB, wortreiche Nebel über Vertragsänderungen und Sanktionen, aber keine Aussicht auf eine Lösung der akuten Schuldenfrage. Der Vertrauensverlust grassiert weiter, die Anleger fliehen aus dem Euroraum, die Rezessionsgefahr in Europa nimmt täglich weiter zu.

Mit Sorgen ins neue Jahr

Die wichtigsten Themen zum Jahreswechsel 2011/12 in %



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Stand November 2011

Mehrfachnennungen

Allein Italien muss in den nächsten Monaten 180 Milliarden Euro refinanzieren, ohne das Vertrauen der Anleger zu haben. Nicht nur Griechenland, auch Portugal und Irland haben große Probleme, ihre Konsolidierungsziele zu erreichen. Über *das Ziel* der Stabilität in Europa besteht zwischen uns und der Bundesregierung kein Streit. Ob aber ihr Handeln der Stabilität dient oder vielmehr die Stabilität gefährdet, *das* muss im Kern der öffentlichen Auseinandersetzung stehen. Denn nichts ist 2011 stabiler geworden in Europa. Die Krise hat sich im Gegenteil dramatisch beschleunigt, und ein Ende ist nicht abzusehen.

Eine Vertragsänderung mit schärferen Sanktionen gegen zukünftige Verschuldung ist notwendig, liefert aber keinen ausreichenden Beitrag, um die akuten Probleme zu lösen. Das hat der Gipfel vorgeführt. Hinzu kommt nun der hohe politische Preis, dass Großbritannien aussteht. Die Gefahr ist eine Zersplitterung Europas, ohne dass im Kern der Krise Besserung erreicht worden wäre.

Licht und Schatten der Bundeswehrreform: Besuch beim Marinemusikkorps

Bei aller Freude über die Stabilisierung des Bundeswehrstandorts Wilhelmshaven ist die Auflösung des Marinemusikkorps Nordsee ein wenig aus dem Blick geraten. Neben dem positiven Licht gehört aber auch der Schatten, den die Bundeswehrreform auf Wilhelmshaven geworfen hat, zur Wahrheit dazu. Mit dem Marinemusikkorps verliert die Stadt eine kulturelle Institution und die Marine verliert eines ihrer Aushängeschilder.

Mit dem Musikkorps verlässt eine Reihe von Musiklehrern, Dirigenten und Chorleitern nicht nur die Stadt Wilhelmshaven, sondern auch die Landkreise Friesland und Wittmund, die sich bisher für Musikinteressierte und das Kulturleben in der Region engagiert haben. Von den vielen Wohltätigkeitsveranstaltungen in und um Wilhelmshaven ganz zu schweigen. Die Bundeswehr insgesamt muss sich bewusst sein, welche positive Außenwirkung die Bundeswehr durch das Marinemusikkorps erzielt. Das Engagement der einzelnen Musiker, aber auch die Auftritte des

Orchesters sind ein extrem positiver Werbeträger für die Bundeswehr. Die Verantwortlichen im Bundesverteidigungsministerium sollten sehr sorgsam mit dem Marinemusikkorps umgehen. Dazu gehört, dass man bei den Betroffenen jetzt schnell für Klarheit über ihre berufliche Zukunft sorgt. Wir werden in Wilhelmshaven weiterhin ein waches Auge auf unser Marinemusikkorps haben. Die Soldaten und ihre Familien brauchen Planungssicherheit.



Sprachen über die Zukunft des Musikkorps (von links): Kapitänleutnant Tobias Terhardt (2. Musikoffizier), Karin Evers-Meyer (MdB) und Kapitän zur See Michael Werner (Leiter Presse- und Informationszentrum der Marine).

Bericht aus Berlin
Herausgegeben von MdB Karin Evers-Meyer
Kontakt:
Sebastian Franke Tel.: 030/227-77785
Platz der Republik 1 Fax: 030/227-76785
11011 Berlin www.evers-meyer.de